Haushaltsentwurf 2024/2025

Einbringung in den Rat am 15.01.2024

Rede des Stadtkämmerers Thorsten Bunte

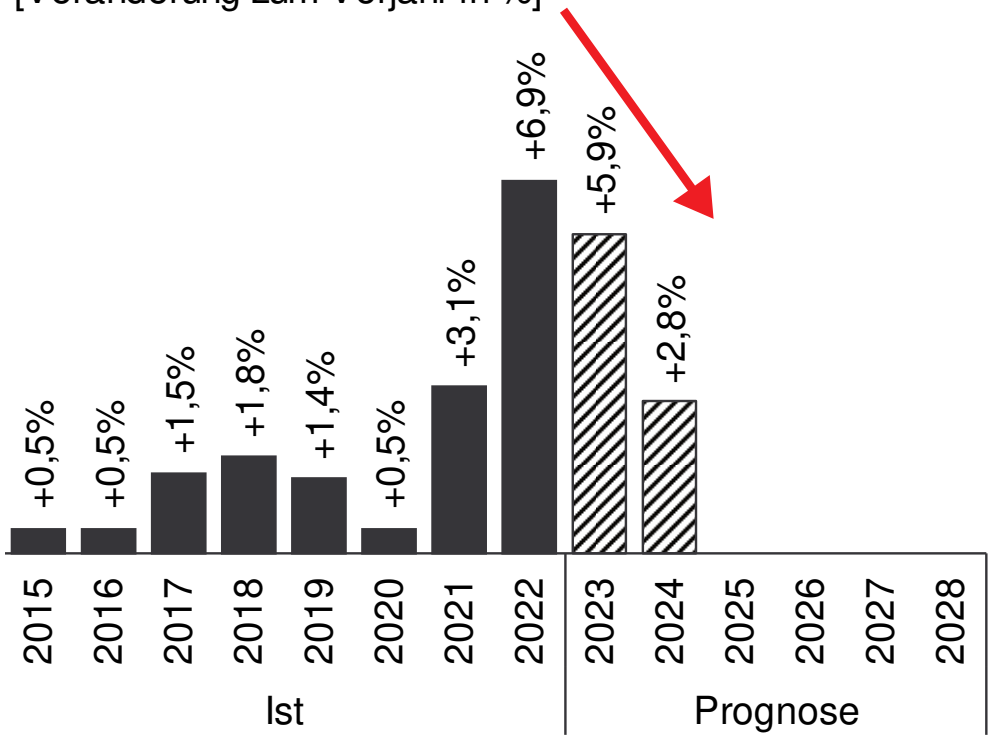
Überblick

- **Rahmenbedingungen**
  - fiskalisch
  - haushaltsrechtlich
- **Eckdaten des Haushalts**
  - Ergebnisentwicklung
  - Eigenkapitalentwicklung
  - Haushaltssicherung !?
  - Investitionstätigkeit / Projekte
  - Verschuldung
- **Personal/Stellenplan**
- **Was passieren muss…**

Inflation

Verbraucherpreisindex Deutschland

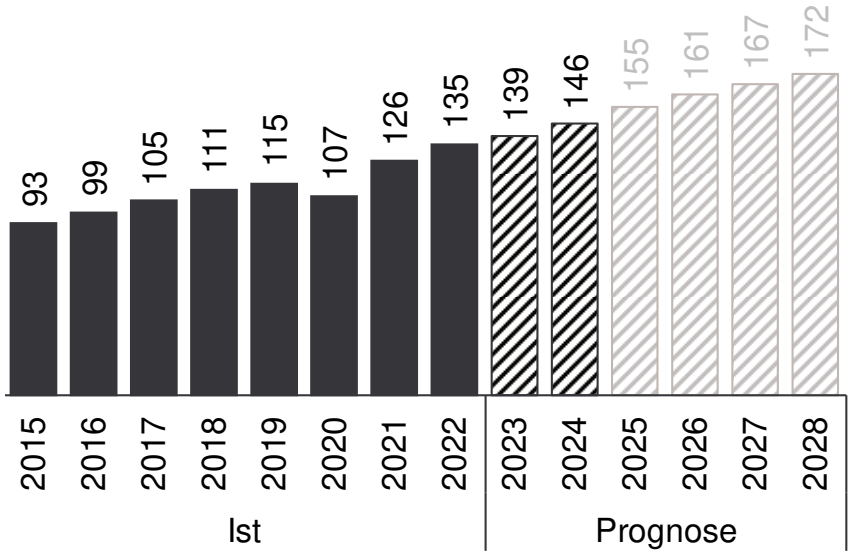
[Veränderung zum Vorjahr in %]



Quelle: Destatis (www-genesis.destatis.de), Sachverständigenrat: Jahresgutachten 2023

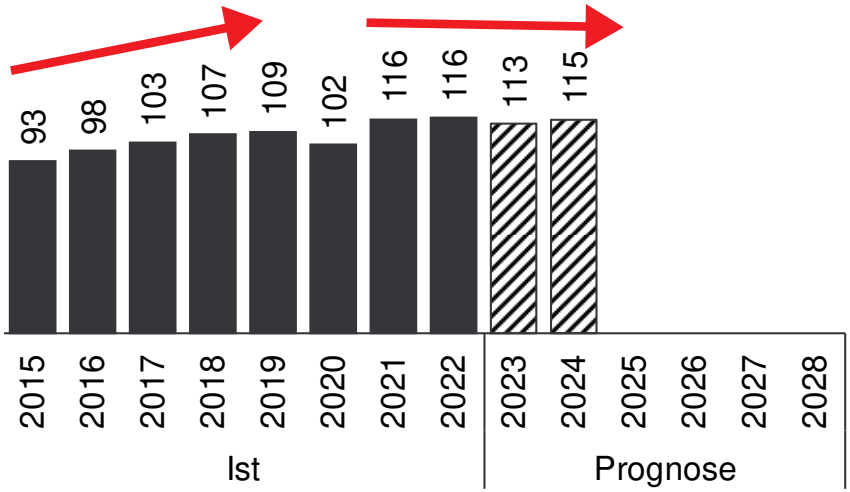
Steuereinnahmen der Gemeinden
nominal und real

kommunale Steuereinnahmen nominal
[Mrd. Euro]



Quelle: BMF: Steuerschätzung 10/2023, u.a., Destatis (www-genesis.destatis.de), Sachverständigenrat: Jahresgutachten 2023, eigene Berechnung

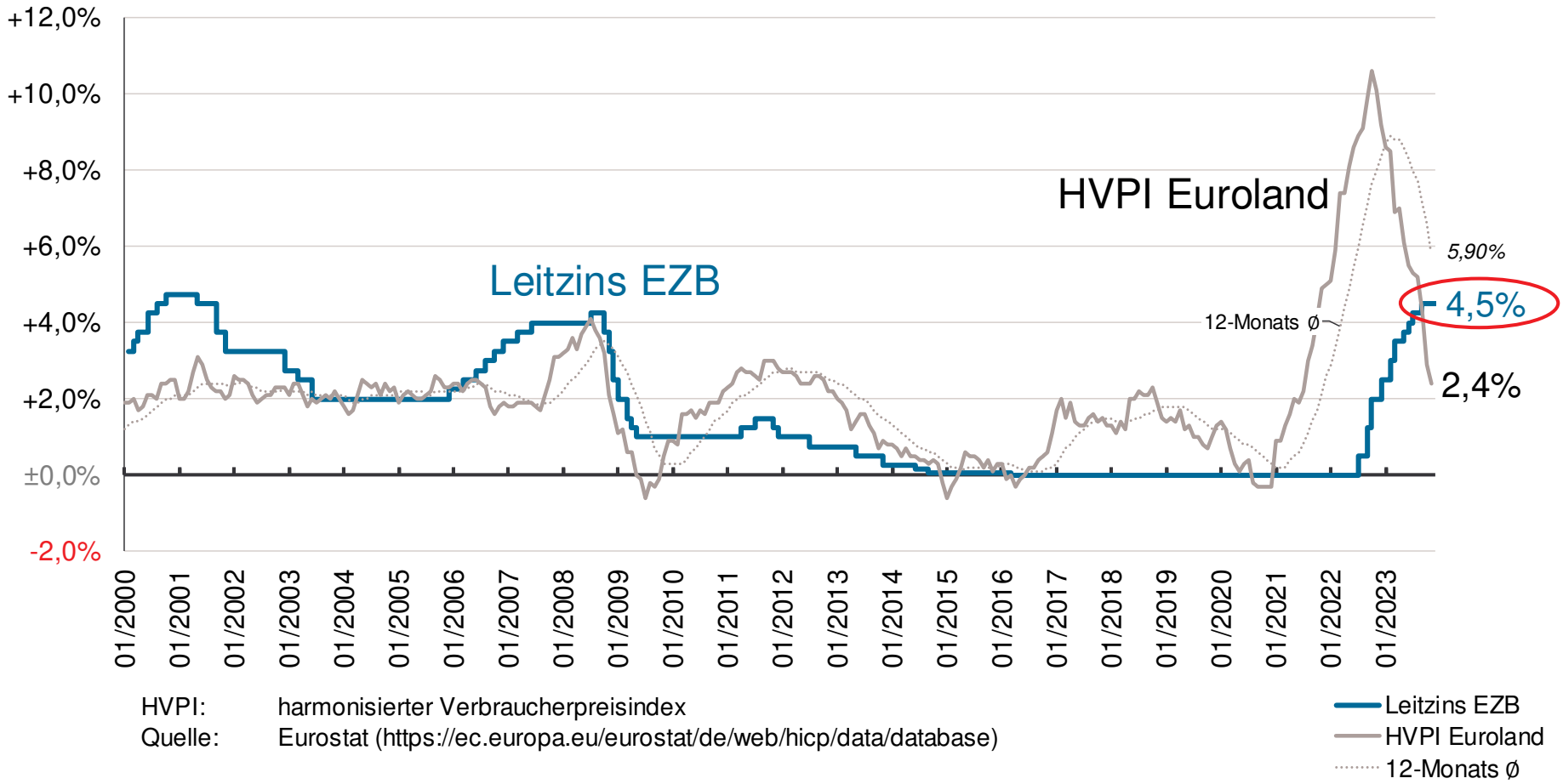
kommunale Steuereinnahmen real
[Mrd. Euro; Basis 2015]



Quelle: BMF: Steuerschätzung 10/2023, u.a., Destatis (www-genesis.destatis.de), Sachverständigenrat: Jahresgutachten 2023, eigene Berechnung

Leitzins vs. Inflation

[% p.a. bzw. Veränderung ggü. Vorjahr in %]

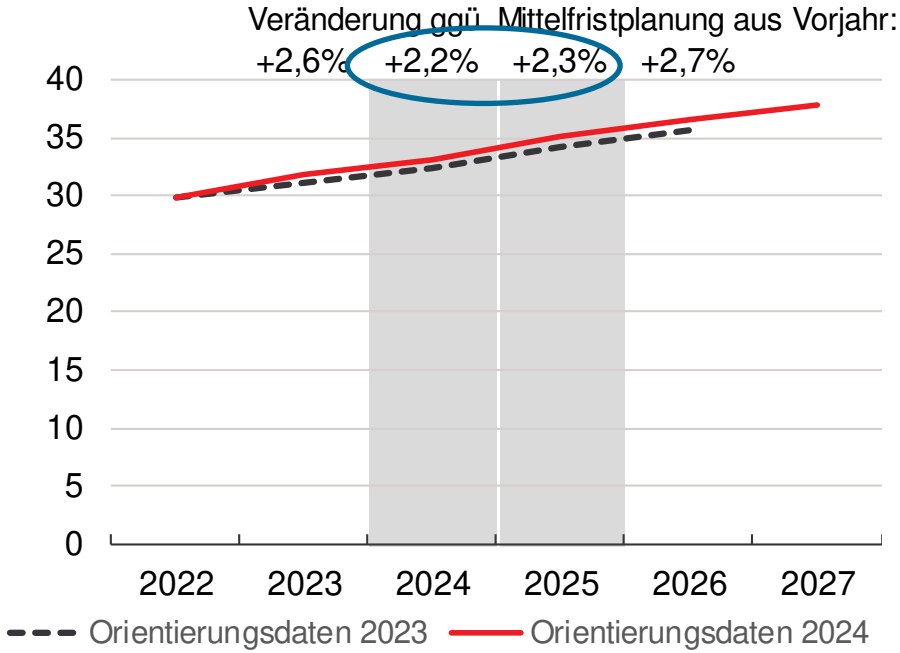


HVPI: harmonisierter Verbraucherpreisindex
Quelle: Eurostat (https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/hicp/data/database)

Orientierungsdaten NRW (korrigiert)

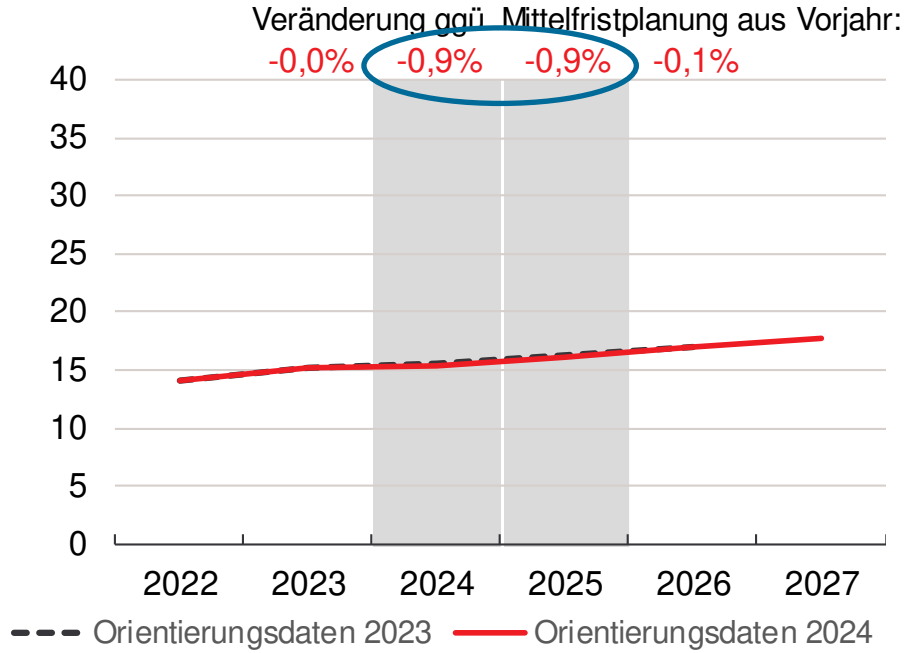
Einzahlungen aus Steuern (brutto)

[Mrd. Euro]



Zuweisungen des Landes (Steuerverbund)

[Mrd. Euro]



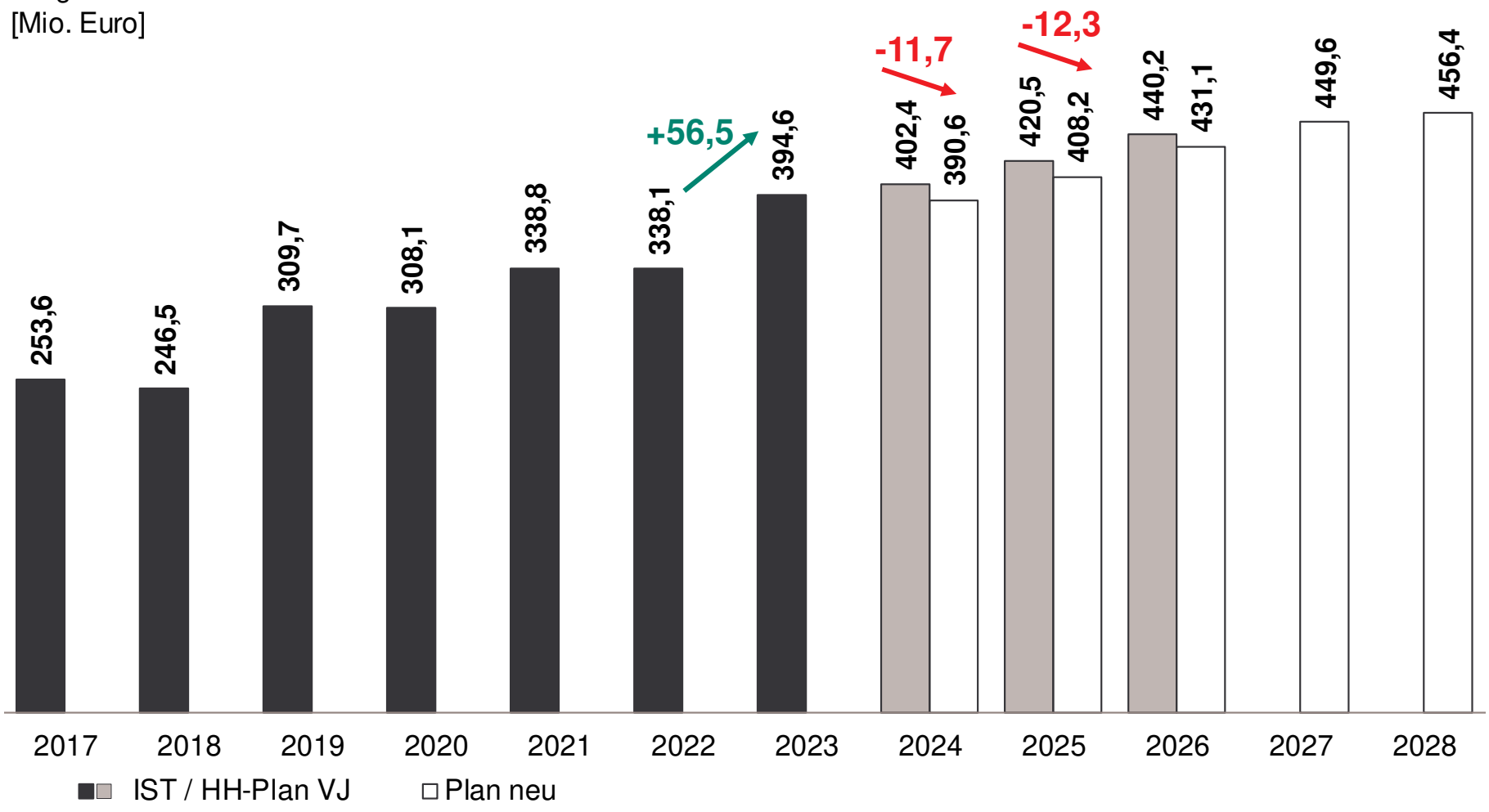
<u>darin enthalten:</u>

- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer
- Gewerbesteuer
- Grundsteuer A und B

- Kompensation Familienleistungsausgleich
- Schlüsselzuweisungen

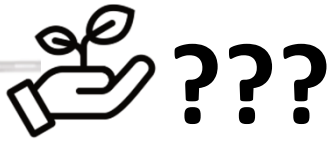
Schlüsselzuweisungen Wuppertal

Vergleich: IST / HH-Plan VJ vs. Plan neu
[Mio. Euro]



„Weiterentwicklungen“ des NKF

3. NKF-WG -Entwurf- (2024)
- Verlustvortrag statt Haushaltsausgleich
- Neuverschuldungsverbot (aber ohne Altschuldenlösung!)
- Abschaffung der Mindestzuführung zur allg. Rücklage *(„Stärkung der Ausgleichsrücklage“??)*



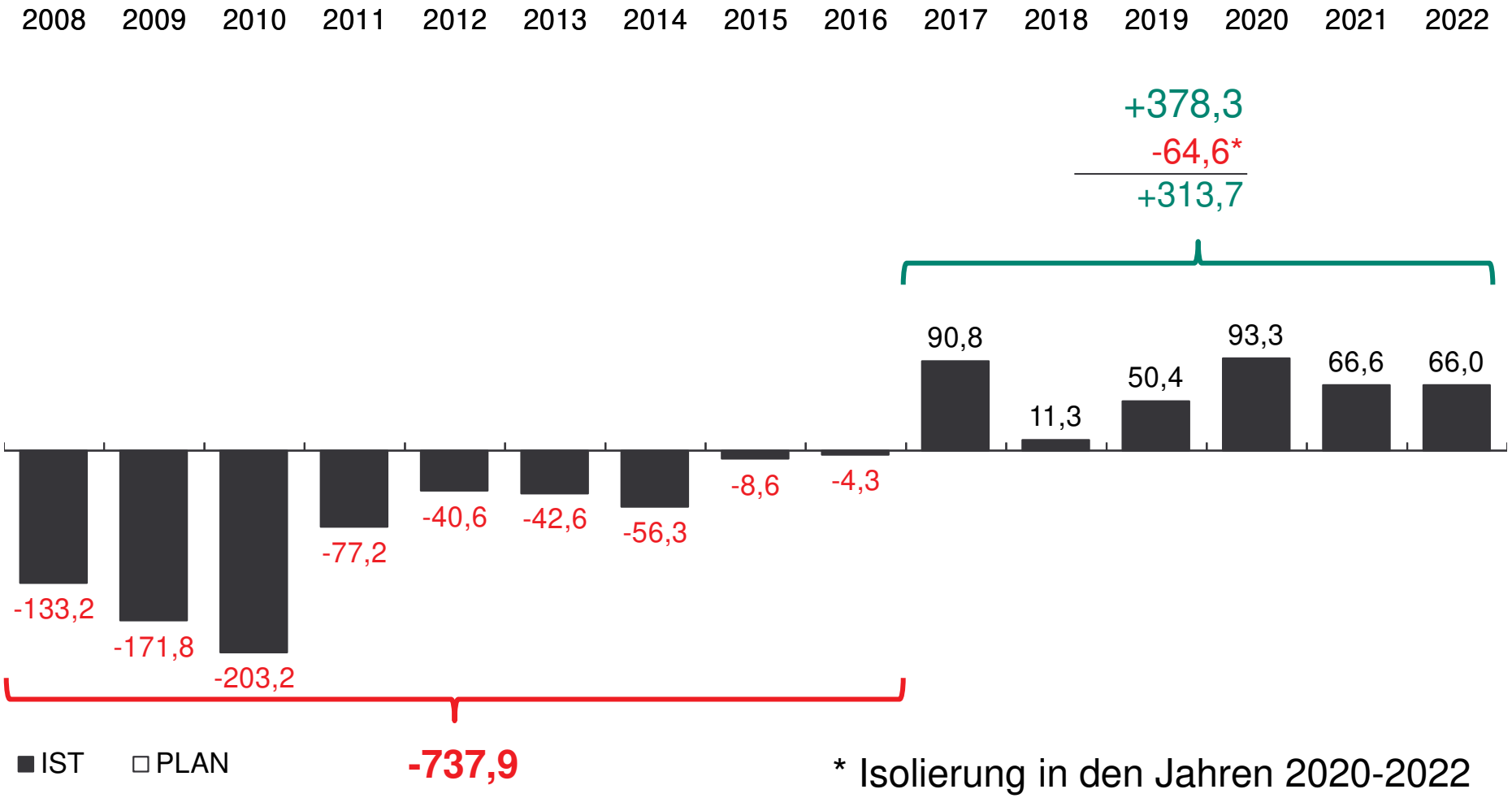
NKF-CUIG (2020)
- Isolation krisenbedingter HH-Belastungen

2. NKF-WG (2019)
- globaler Minderaufwand
- Erweiterte Aktivierbarkeit (Komponentenansatz)
- Wirklichkeitsmaßstab statt Vorsichtsprinzip

1. NKF-WG (2012)
- Dynamisierung Ausgleichsrücklage
- Verrechnung von Verlusten mit allg. Rücklage

Ergebnisrechnung - Jahresergebnis

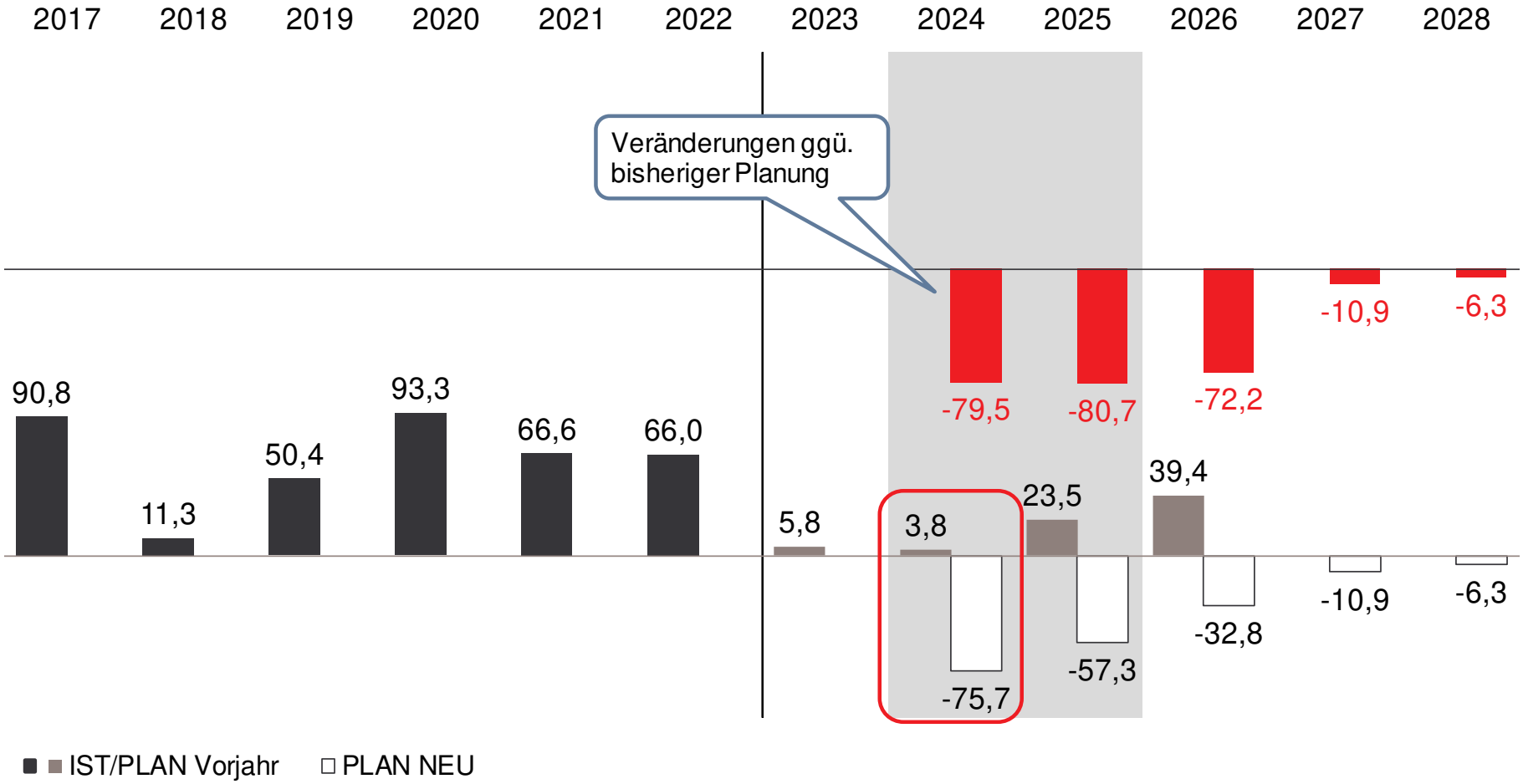
[Mio. Euro]



* Isolierung in den Jahren 2020-2022
(Haushaltsbelastungen durch Corona und infolge des Ukraine-Kriegs)

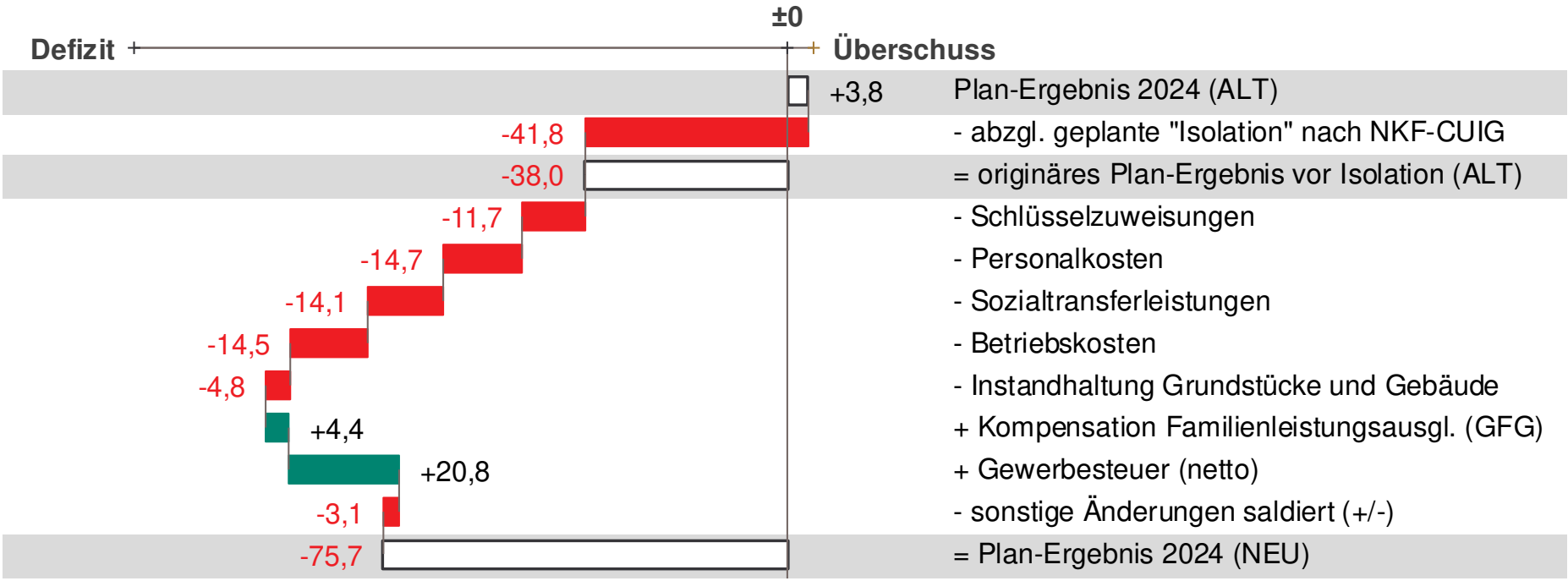
Jahresergebnisse

Vergleich Plan Vorjahr ./. Plan NEU
[Mio. Euro]



Ergebnisplan 2024

Änderungen ggü. bisheriger Mittelfristplanung
[Mio. Euro]



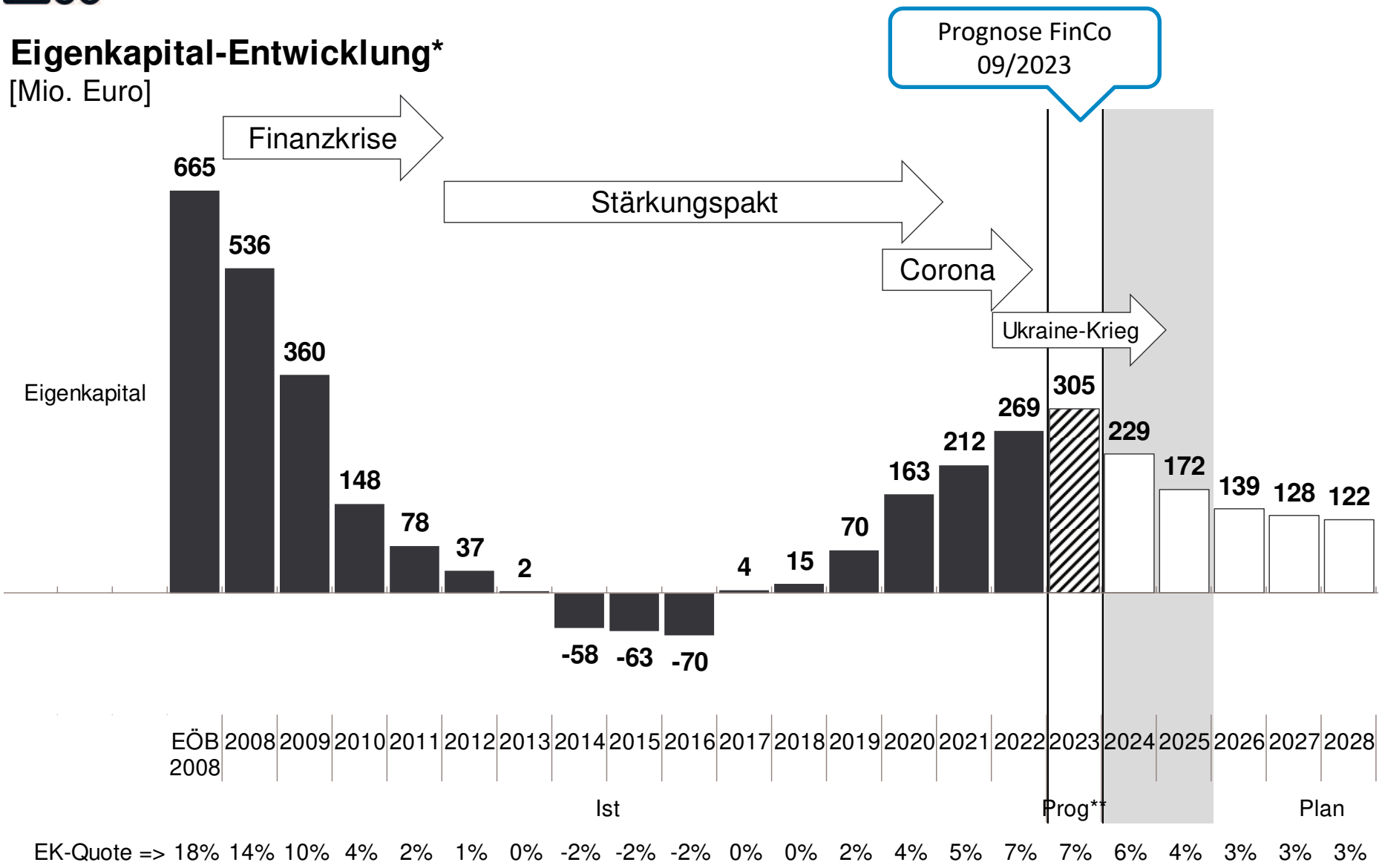
Ergebnisplan 2024/2025

[Mio. Euro]

		IST 2022	PLAN 2023	PLAN 2024	Abweichung 2024 ./. 2023	PLAN 2025	Abweichung 2025 ./. 2023
1	Steuern und ähnliche Abgaben	566,7	578,4	624,5	+46,0	656,9	+78,5
2	Zuwendungen u. allg. Umlagen	525,5	544,8	557,6	+12,8	576,0	+31,2
3	Sonstige Transfererträge	12,9	12,1	12,1	+0,0	12,1	+0,0
4	Öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	114,5	109,6	118,0	+8,4	120,1	+10,5
5	Privatrechtl. Leistungsentgelte	34,1	35,1	36,8	+1,8	36,8	+1,8
6	Kostenerstattungen u. -umlagen	324,0	298,4	324,7	+26,3	339,6	+41,2
7	Sonstige ordentliche Erträge	70,2	49,7	56,2	+6,5	56,2	+6,5
8	Aktivierte Eigenleistungen	4,9	0,5	0,5	±0,0	0,5	±0,0
9	Bestandsveränderungen	0,0	0,0	0,0	±0,0	0,0	±0,0
	Ordentliche Erträge	1.652,7	1.628,7	1.730,4	+101,7	1.798,3	+169,6
11	Personalaufwendungen	-304,0	-338,0	-352,4	-14,4	-358,6	-20,6
12	Versorgungsaufwendungen	-52,7	-48,9	-57,7	-8,8	-55,9	-7,0
13	Aufw. f. Sach- u. Dienstlstg.	-208,3	-219,2	-237,8	-18,6	-235,2	-16,0
14	Bilanzielle Abschreibungen	-44,5	-31,6	-40,8	-9,2	-37,5	-5,9
15	Transferaufwendungen	-656,1	-663,4	-719,6	-56,2	-758,3	-94,9
16	Sonst. ordentl. Aufwend.	-337,8	-351,2	-359,2	-8,0	-366,4	-15,2
-	Ordentliche Aufwendungen	-1.603,3	-1.652,3	-1.767,4	-115,2	-1.811,8	-159,6
=	**Ordentliches Ergebnis**	**49,4**	**-23,5**	**-37,1**	**-13,5**	**-13,5**	**+10,0**
19	Finanzerträge	10,0	10,9	9,9	-1,0	9,9	-1,0
20	Zinsen u. sonst. Finanzaufw.	-25,4	-44,4	-48,5	-4,1	-53,6	-9,2
+/-	Finanzergebnis	-15,5	-33,5	-38,7	-5,1	-43,7	-10,2
=	**Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit**	**34,0**	**-57,1**	**-75,7**	**-18,7**	**-57,3**	**-0,2**
23	Außerordentliche Erträge	35,5	62,8	0,0	-62,8	0,0	-62,8
24	Außerordentl. Aufwendungen	-3,4	0,0	0,0	±0,0	0,0	±0,0
+/-	Außerordentliches Ergebnis	32,1	62,8	0,0	-62,8	0,0	-62,8
=	**Jahresergebnis**	**66,0**	**5,8**	**-75,7**	**-81,5**	**-57,3**	**-63,0**

Eigenkapital-Entwicklung*

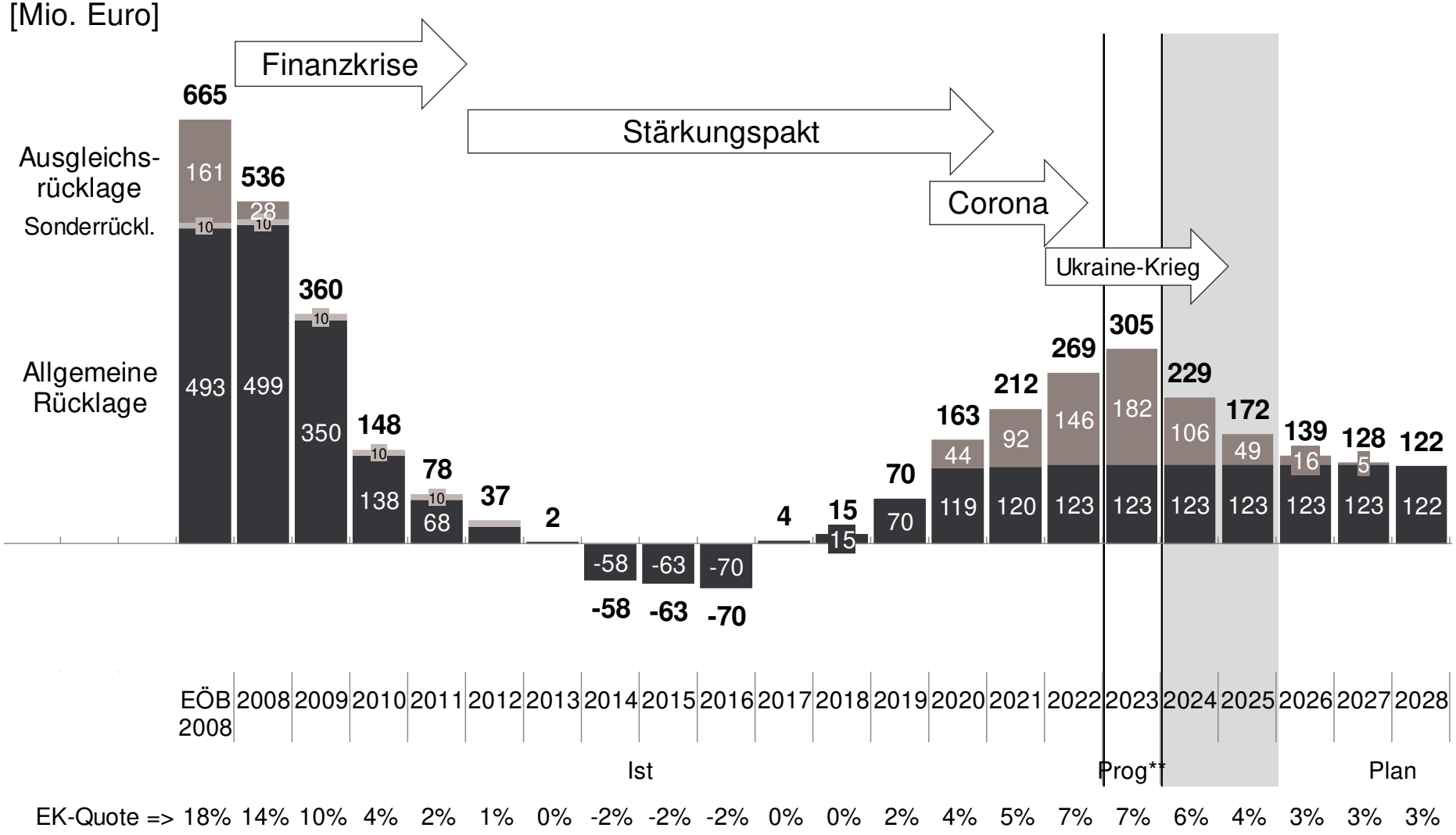
[Mio. Euro]



* Eigenkapital per 31.12. nach Verwendungsbeschluss zum Jahresergebnis
**Prognose FinCo 09/2023

Eigenkapital-Entwicklung*

[Mio. Euro]

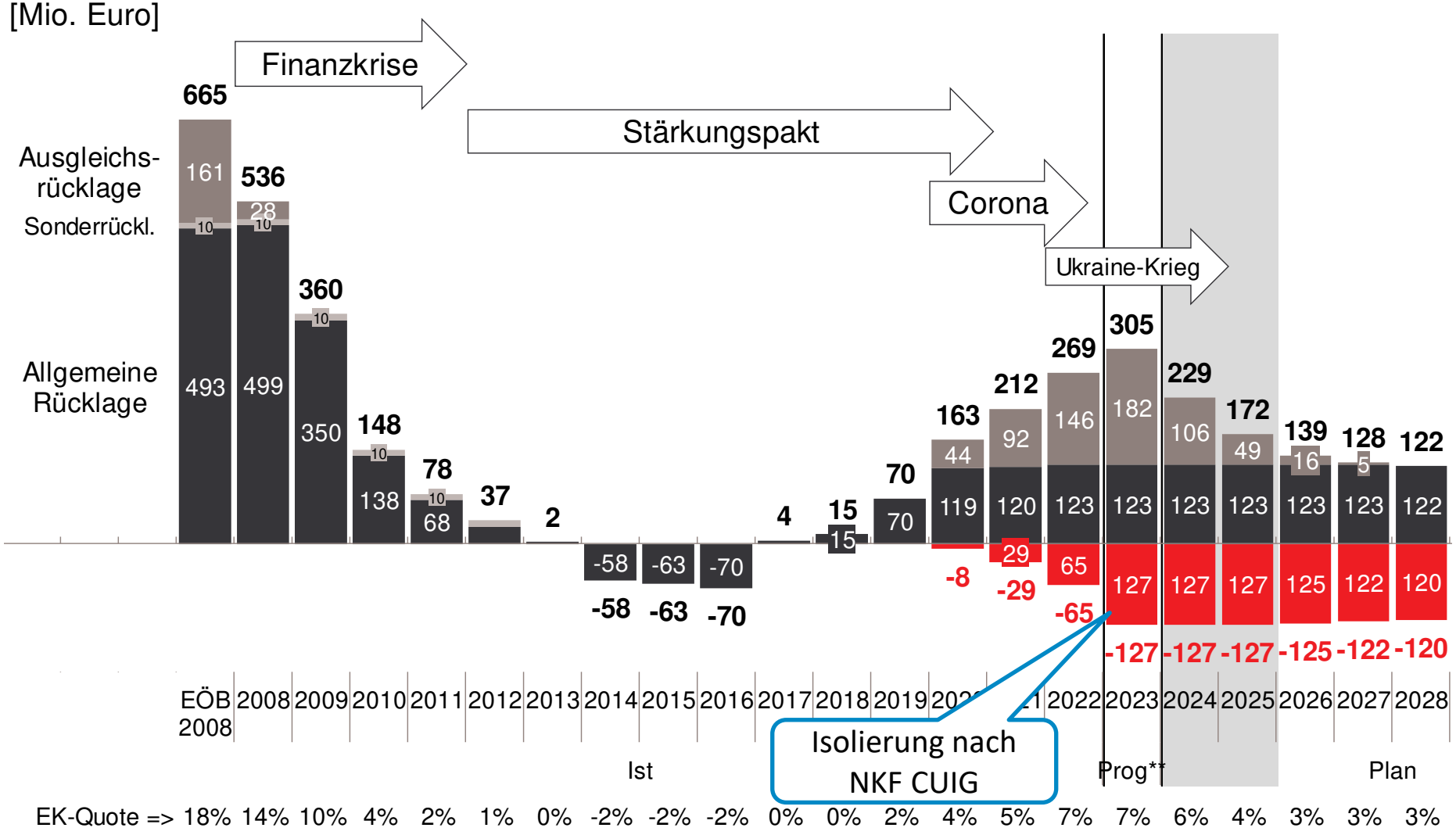


* Eigenkapital per 31.12. nach Verwendungsbeschluss zum Jahresergebnis

**Prognose FinCo 09/2023

Eigenkapital-Entwicklung*

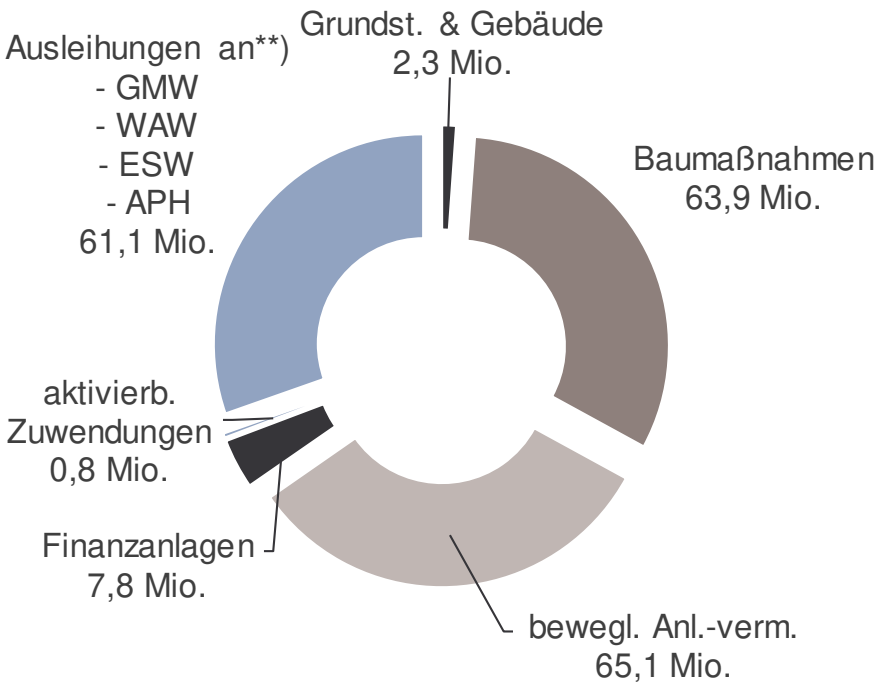
[Mio. Euro]



* Eigenkapital per 31.12. nach Verwendungsbeschluss zum Jahresergebnis
**Prognose FinCo 09/2023

Investitionen 2024 (Plan)

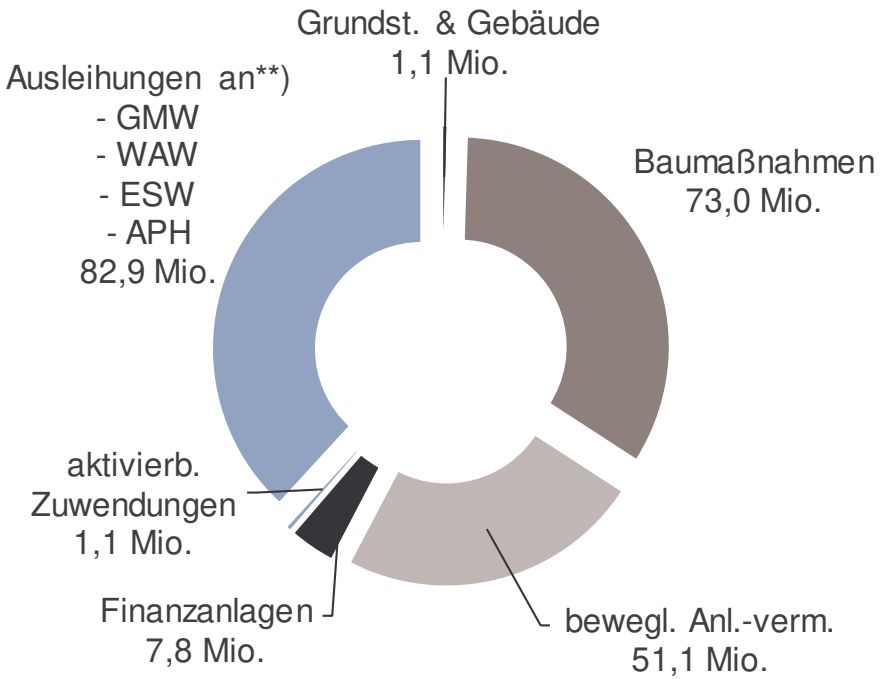
[Mio. Euro]



201 Mio.

Investitionen 2025 (Plan)

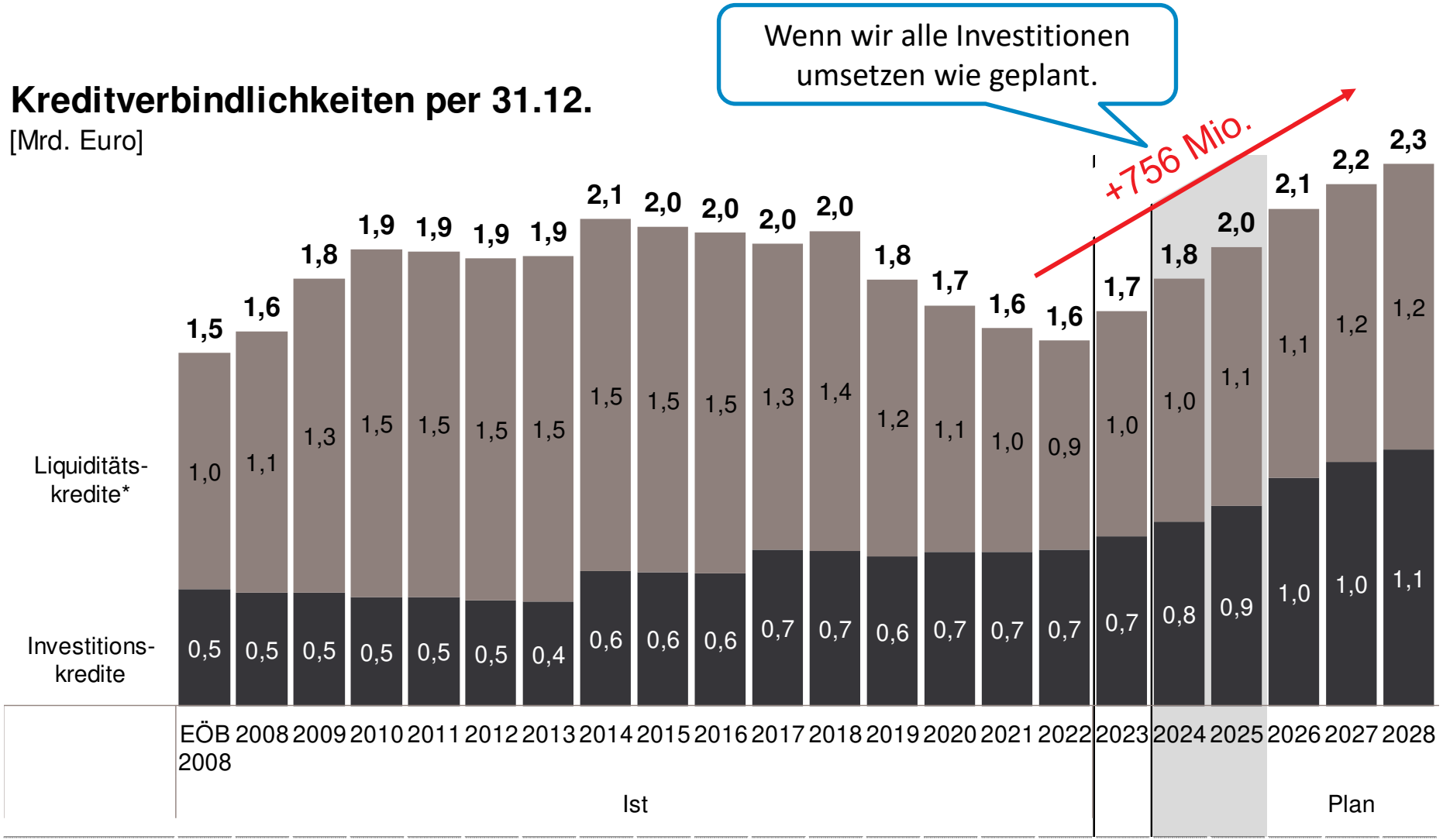
[Mio. Euro]



217 Mio.

Kreditverbindlichkeiten per 31.12.

[Mrd. Euro]



	EÖB 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028
Verschuldungsgrad	41%	42%	49%	53%	54%	54%	55%	56%	55%	52%	52%	52%	48%	43%	40%	38%	41%	44%	48%	52%	54%	56%
Ø Verzinsung	0,0%	-4,1%	-3,6%	-3,0%	-2,6%	-3,0%	-2,4%	-2,3%	-2,1%	-2,1%	-2,1%	-1,9%	-1,8%	-2,2%	-1,8%	-1,6%	-2,7%	-2,8%	-2,8%	-2,8%	-2,9%	-2,9%
Zinsen p.a. [Mio.]		63,7	60,8	56,4	51,1	57,8	46,8	46,6	42,7	41,9	41,3	38,0	34,6	38,9	30,1	25,4	44,4	48,5	53,6	57,3	62,1	65,0

*inkl. Anleihen zur Liquiditätssicherung sowie kreditähnliche Geschäfte

Stellenplan 2024/2025

- **Ausgangslage 2023:**
  - erhebliche Stelleneinrichtungen im Stellenplan 2023
  - viele unbesetzte Stellen + Personalausfälle
  - Einstellungskampagne
- **Vorgehen Stellenplan 2024/2025:**
  - strukturiertes Anmeldeverfahren (Clusterbildung, Priorisierung, Refinanzierung)
  - restriktive Übernahme in Stellenplanentwurf

Stellenplan 2024/2025	Plan-stellen	Änderungen (+/-)		
Stellenplan 2022	**4.657**			
+/- Veränderungen 2023 gesamt		**+145**		
Stellenplan 2023	**4.801**			
bereits in 2022 für 2024 beschlossene Stellen:			+5	
neue Stellen			+89	*
wegfallende Stellen			-38	
+/- Veränderungen 2024 gesamt		**+56**		
Stellenplan 2024	**4.857**			
bereits in 2022 für 2025 beschlossene Stellen:			+2	
+/- Veränderungen 2025 gesamt		**+2**		
Stellenplan 2025	**4.859**			

* davon 37 Stellen voll refinanziert
davon 20 Stellen künftig wegfallend

Ruf nach dem großen Besteck

DÜSSELDORF. Schluss mit Problembeschreibungen: Die Städte drücken enorme aktuelle Finanzlasten und Altschulden. Ihre Botschaft an die Landesregierung für 2024: Kleine Stellschrauben reichen nicht.

Von Bettina Grönewald

Der nordrhein-westfälische Städtetag sieht 2024 gravierende Aufgaben für die Landesregierung. Bei der längst versprochenen Altschulden-Lösung habe Schwarz-Grün jetzt keine weiteren „Freischüsse" mehr, sagte der Landesvorsitzende des Verbands, Essens Oberbürgermeister Thomas Kufen.

Bei der Schulfinanzierung dringt er auf „große Räder" statt „kleine Stellschrauben". Und der CDU-Politiker warf seinen Blick noch weiter voraus: Wenn die drückenden Probleme ungelöst blieben, gingen die Kommunen „mit viel Ballast und viel Frust in das Kommunalwahljahr 2025", warnte er.

› **Altschulden:** Die NRW-Städte verlangen jetzt eine belastbare Lösung für ihre Altschuldenlasten. „Wir brauchen endlich eine Regelung, die uns ein für alle Mal von den immensen Liquiditätskrediten und ihren Zinsrisiken befreit", betonte Kufen. Andernfalls drohe den Kommunen Handlungsunfähigkeit bei weiteren Krisenlagen. Der Altschuldenberg der NRW-Kommunen liegt bei rund 20 Milliarden Euro. Die schwarz-grüne Landesregierung hatte im vergangenen Sommer den ursprünglich für Mitte 2024 vorgesehenen Startzeitpunkt für ein kommunales Altschuldenprogramm auf 2025 verschoben. „In diesem Jahr müssen die vielen offenen Fragen abschließend geklärt werden, damit die Entschuldung zum 1. Januar 2025 kommen kann", mahnte Kufen. „Weitere Freischüsse gibt es nicht." Land und Bund müssten die Zusagen aus ihren Koalitionsverträgen einlösen.

› **Flüchtlingspolitik:** Der Städtetag pocht darüber hinaus auf deutlich höhere Flüchtlingspauschalen. Außerdem sollte das Land die „Vorhaltekosten" der Städte und Gemeinden für noch nicht belegte Unterkünfte übernehmen, forderte Kufen. Noch in diesem Jahr müsse das Flüchtlingsaufnahmegesetz des Landes entsprechend geändert werden. „Dann können die Kommunen besser Vorsorge treffen, falls plötzlich die Zahl neu ankommender Flüchtlinge steigt", argumentierte der Verbandschef. Zudem müsse das nach der Bund-Länder-Einigung im vorigen November zu erwartende Plus an Mitteln zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen 1:1 bei den Kommunen ankommen, weil sie die Hauptlast zu tragen hätten.

› **Deutschlandticket:** Auch für die Weiterfinanzierung des Deutschlandtickets müsse sich die Landesregierung beim Bund dringend einsetzen, mahnte Kufen. „Alles steht auf der Kippe." Zwar sei die Finanzierung für dieses Jahr weitgehend gesichert. „Aber das Land muss unbedingt klären, wie es ab 2025 weitergeht. Vom Bund scheint vorerst kein weiteres Geld zu kommen."

› **Deutschlandticket Schule:** Klärungsbedarf gebe es ebenso beim Deutschlandticket für Schüler in NRW. „Die aktuelle Regelung für dieses Schülerticket für 29 Euro läuft nach dem Schuljahr im Sommer 2024 aus", so Kufen. Im vergangenen Jahr sei die Entscheidung der Landesregierung für die Einführung extrem spät gefallen. Für Schulträger und Verkehrsunternehmen hänge daran viel Verwaltungsaufwand. „Schüler und Eltern sollten dieses Jahr früh die Sicherheit haben, dass es das Deutschlandticket Schule auch nach den Sommerferien geben wird", betonte Kufen. Deswegen müsse die Landesregierung zum Jahresstart schnell Klarheit schaffen.

› **Integration an Schulen:** „Das komplette Bildungssystem ist an der Leistungsgrenze angekommen", bilanzierte der Städtetagsvorsitzende. In den vergangenen anderthalb Jahren seien fast 100.000 schulpflichtige Kinder und Jugendliche neu nach NRW zugewandert, viele davon aus der Ukraine. „Vor Ort geben wir unser Bestes", versicherte Kufen. „Aber der Schulraum ist jetzt schon knapp." Auch provisorische Klassenräume in Containern oder ältere Gebäude, die sich als Schulraum nutzen lassen, seien nicht mehr unbegrenzt verfügbar.

Städte stellen Ultimatum für Altschulden

Städtetags-Landeschef Kufen warnt vor Ende der Handlungsfähigkeit

Düsseldorf. Die nordrhein-westfälischen Städte dringen auf eine belastbare Lösung für ihre Altschuldenlasten. „Wir brauchen endlich eine Regelung, die uns ein für alle Mal von den immensen Liquiditätskrediten und ihren Zinsrisiken befreit", sagte der Landesvorsitzende des Städtetags, Essens Oberbürgermeister Thomas Kufen (CDU). Andernfalls drohe den Kommunen Handlungsunfähigkeit bei weiteren Krisenlagen. Die Altschuldenberg der NRW-Kommunen liegt bei rund 20 Milliarden Euro.

Die schwarz-grüne Landesregierung hatte im vergangenen Sommer den ursprünglich für Mitte 2024 vorgesehenen Startzeitpunkt für ein kommunales Altschuldenprogramm auf 2025 verschoben. „In diesem Jahr müssen die vielen offenen Fragen abschließend geklärt werden, damit die Entschuldung zum 1. Januar 2025 kommen kann", mahnte Kufen. „Weitere Freischüsse gibt es nicht."

Die Landesregierung hatte bei ihrem Rückzieher argumentiert, solange unklar sei, ob der Bund sich an der geplanten Übernahme kommunaler Altschulden beteilige, könne kein Landesgesetz dazu solide aufgesetzt werden. Am ersten schwarz-grünen Entschuldungsentwurf hatte es aber auch erhebliche Kritik auch aus der kommunalen Familie gegeben.

„Land und Bund müssen ihre Versprechen aus den beiden Koalitionsverträgen einlösen", mahnte Kufen. „Ohne zusätzliche Finanzmittel des Landes wird es nicht gelingen, eine nachhaltige Altschuldenlösung auf den Weg zu bringen." Auch der Bund bleibe aber in der Pflicht, sich an einer Altschuldenlösung zu beteiligen. Kufen bot die Mitwirkung der Städte an einer tragfähigen Lösung an.

Die FDP-Minister der Bundesregierung hatten sich im vergangenen Jahr skeptisch bis ablehnend geäußert. *dpa*

Mahnt: Thomas Kufen, Oberbürgermeister von Essen. ANDRÉ HIRTZ

Städte nehmen Land NRW in die Pflicht

Von Bettina Grönewald

DÜSSELDORF. Der nordrhein-westfälische Städtetag sieht 2024 gravierende Aufgaben für die Landesregierung. Bei der längst versprochenen Altschulden-Lösung habe Schwarz-Grün jetzt keine weiteren „Freischüsse" mehr, sagte der Landesvorsitzende des Verbands, Essens Oberbürgermeister Thomas Kufen. Bei der Schulfinanzierung dringt er auf „große Räder" statt „kleine Stellschrauben". Und der CDU-Politiker warf seinen Blick noch weiter voraus: Wenn die drückenden Probleme ungelöst blieben, gingen die Kommunen „mit viel Ballast und viel Frust in das Kommunalwahljahr 2025", warnte er.

Altschulden

Die nordrhein-westfälischen Städte verlangen jetzt eine belastbare Lösung für ihre Altschuldenlasten. „Wir brauchen endlich eine Regelung, die uns ein für alle Mal von den immensen Liquiditätskrediten und ihren Zinsrisiken befreit", betonte Kufen. Andernfalls drohe den Kommunen Handlungsunfähigkeit bei

...geben wird", betonte Kufen. Deswegen müsse die Landesregierung zum Jahresstart schnell Klarheit schaffen.

Integration an Schulen

„Das komplette Bildungssystem ist an der Leistungsgrenze angekommen", bilanzierte der Städtetagsvorsitzende. In den vergangenen anderthalb Jahren seien fast 100 000 schulpflichtige Kinder und Jugendliche neu nach NRW zugewandert, viele davon aus der Ukraine. „Vor Ort geben wir unser Bestes", versicherte Kufen. „Aber der Schulraum ist jetzt schon knapp." Auch provisorische Klassenräume in Containern oder ältere Gebäude, die sich als Schulraum nutzen lassen, seien nicht

- *Ruhrnachrichten*
- *WAZ*
- *WZ*

(alle 08.01.2024)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!